



Biden stoppt Milliardenübernahme: Nationale Sicherheit in Gefahr!

US-Präsident Biden könnte die Übernahme von US Steel durch Nippon Steel wegen nationaler Sicherheitsbedenken stoppen.

Washington, D.C., USA - Der scheidende US-Präsident Joe Biden plant, die milliardenschwere Übernahme des Stahlkonzerns U.S. Steel durch den japanischen Konkurrenten Nippon Steel zu blockieren. Dies berichtet der **Oberösterreichische Nachrichten**. Die Übernahme, die mit 14,9 Milliarden Dollar (14,4 Milliarden Euro) bewertet wird, steht zur Debatte, nachdem das Komitee für ausländische Investitionen in den USA (CFIUS) keine formelle Entscheidung getroffen hat. Biden muss bis zum 7. Januar entscheiden, andernfalls wird die Fusion automatisch genehmigt.

Hintergründe der Entscheidung

Die bevorstehende Entscheidung wird als außergewöhnlicher Einsatz von Exekutivgewalt angesehen, besonders für einen Präsidenten, der nur noch wenige Wochen im Amt ist. Biden weicht damit von der langjährigen amerikanischen Kultur offener Investitionen ab, was potenziell weitreichende Folgen für die US-Wirtschaft haben könnte, wie der **New York Times** berichtet. Das CFIUS äußerte Bedenken hinsichtlich der nationalen Sicherheit und warnte, dass die Transaktion die amerikanische Stahlproduktion gefährden könnte. Zudem könnte dies ausländische Investoren veranlassen, ihre Absichten beim Erwerb sensibler Industrien in den USA zu überdenken.

Kritiker der Übernahme befürchten neben der Gefährdung nationaler Sicherheitsinteressen auch den Verlust von Arbeitsplätzen. Ex-Präsident Donald Trump hat ebenfalls seine Ablehnung gegenüber dem Geschäft signalisiert. Nippon Steel sollen Berichten zufolge weitreichende Zugeständnisse angeboten haben, einschließlich eines Vetorechts der US-Regierung gegen mögliche Kapazitätskürzungen. Sollte Biden tatsächlich die Übernahme untersagen, könnte dies die politischen Beziehungen zu Japan, einem wichtigen Verbündeten der USA, belasten.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ursache	nationale Sicherheit
Ort	Washington, D.C., USA
Schaden in €	14400000000
Quellen	• www.oe24.at • www.nytimes.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at